



Niederschrift

2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.09.2014
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Lack DIE LINKE
Herr Marcel Piest SPD
Frau Ingeborg Naundorf Grüne/B90
Herr René Kulke DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP ab 17:35 Uhr
gen. Sacken

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE Teilnahme für Barbara Keller

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehl Bürgerbündnis-FDP
Frau Christiane Erning Potsdamer Teilnahme von 17:40 Uhr bis 19:15
Demokraten/BVB Uhr
Freie Wähler

Herr Viktor Kalitke
Herr Daniel Keller SPD
Frau Tina Lange DIE LINKE
Frau Eva Wieczorek Bündnis90/Die
Grünen

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete
Geschäftsbereich 2

Gast

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung u. Sport
Herr Robert Werner	FB Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Sabine Röding-Kanwischer	SL Gerhart- Hauptmann GRS
Frau Dietz	Vors. Schulkon. Hauptmann-GRS
Herr Upmann	Förderverein GRS 12
Frau Dr. Carola Gnadt	SL Humboldt-Gym.
Herr Tobias Borstel	Verein Polarstern
Frau Anne Pichler	Stadtsporbund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Torsten Beyer	Verein Polarstern
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat
Frau Grit Onnen	ESV Lock Potsdam Rollsport
Frau Barbara Matthiesen	Elternsprecherin Humboldt-Gym.
Frau Anja Wächter	Vors. Elternkonferenz GRS 12
Frau Tina Wagenschütz	Kita Baumschule
Frau Stefanie Schusk	GRS 12
Frau Gudrun Spaan	Dozentin Volkshochschule

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Barbara Keller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Volker Klamke	SPD	nicht anwesend

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Maja Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Umbau Hofgebäude Gerhart-Hauptmann-Grundschule
- 4 Sachstand Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019
Vorlage: 14/SVV/0632
Fraktion DIE LINKE
auch WA KIS
- 5.2 Azubiwohnheim voranbringen
Vorlage: 14/SVV/0349
Fraktion SPD
- 5.3 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule
Vorlage: 14/SVV/0823
Fraktion DIE LINKE
HA
- 5.4 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0810
FB Bildung und Sport
FA
- 5.5 Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das
Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen
Unterrichtsausfall
Mitteilungsvorlage: 14/SVV/0816
FB Bildung und Sport
FA
- 5.6 Sitzungskalender 2015
Vorlage: 14/SVV/0718
Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sonstiges
- 7.1 Sachstand Gesamtschule Bornstedter Feld

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2014 gibt es keine Einwendungen, insofern bittet er um Abstimmung. Er fragt, ob es Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung gibt.

Herr Wollenberg bittet darum, TOP 5.3 am Ende der Sitzung zu behandeln. Zu diesem Punkt hat die Fraktion DIE LINKE Rederecht für Frau Spaan, Dozentin an der Volkshochschule, beantragt, die wegen eines anderen Termins später komme.

Herr Viehrig schlägt vor, die Behandlung von TOP 7.1 nach TOP 5.1 einzuordnen, da Herr Richter zu beiden Punkten Ausführungen zu machen habe und noch einen anderen Termin wahrnehmen müsse.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensweise einstimmig zu.

Herr Viehrig bittet um Abstimmung der beantragten Rederechte zu TOP 3 für Frau Röding-Kanwischer, Schulleiterin der Gerhart-Hauptmann-Grundschule, zu TOP 4 für Herrn Borstel vom Verein Polarstern und Frau Dr. Gnadl, Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums, sowie für Frau Spaan zu TOP 5.3.

Die Ausschussmitglieder stimmen den beantragten Rederechten zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2014 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3 Umbau Hofgebäude Gerhart-Hauptmann-Grundschule

Frau Röding-Kanwischer bittet, die Elternvertreterin der Gerhart-Hauptmann-Grundschule sprechen zu lassen.

Frau Schusk verweist auf das Schulkonzept und die unzureichende Raumsituation der Schule. Seit Jahresbeginn werde die Schule vertröstet. Deshalb bittet sie um Unterstützung bei der Fertigstellung der Inklusions-, Funktions- und Horträume.

Herr Richter erklärt, dass nach Abstimmung mit dem Fachbereich Bildung und Sport, dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und der Schulleitung die notwendige Planung für den Umbau des Hofgebäudes bei der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Genehmigung eingereicht wurde. Das Verfahren laufe noch. Sobald die Baugenehmigung vorliege, werde der KIS die weiteren Planungsphasen vorantreiben und schnellstmöglich die beabsichtigten Bauleistungen bekanntmachen und vergeben.

Frau Röding-Kanwischer fragt, ob die Möglichkeit bestehe, einen Zeitplan zur Verfügung zu stellen. Die Eltern wünschen sich feste Aussagen. Deshalb wünscht sie eine zeitliche Vorgabe zu erhalten.

Herr Richter sichert zu, dass es, sobald die Baugenehmigung vorliegt, eine Abstimmung mit der Schule und einen Projektplan geben werde.

Herr Viehrig will als Ausschussvorsitzender erfragen, wann mit der Baugenehmigung zu rechnen ist. Wenn die Baugenehmigung vorliegt, wird ein Terminplan an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

zu 4 **Sachstand Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee**

Herr Borstel erläutert die Situation an Hand einer Präsentation. Er macht Ausführungen zu den Schäden und zum Bodenbelag (Epoxidharz). Er informiert darüber, was der Verein Polarstern Potsdam – Inline-Skaeter-Hockey-Club e.V. bisher getan hat, um die Anlage zu erhalten und erklärt, warum man Bergo-Multisportboden möchte.

Herr Viehrig fragt Herrn Richter, ob es ein Prüfergebnis gebe und ein Bodenbelag gefunden wurde, der für alle Nutzer geeignet ist.

Herr Richter informiert, dass man den Prüfauftrag bisher nicht erfüllen konnte. Am 07. Oktober 2014 werde es einen Termin mit allen Beteiligten geben.

Herr Kulke stellt fest, dass die in der letzten Sitzung von Herrn Happich vorgetragene Stellungnahme eine andere Aussage beinhaltete.

Herr Borstel erklärt, dass es im März eine Musterung im Beisein aller Beteiligten gegeben habe und dass sein Verein das von Herrn Happich Vorgetragene so nicht mittrage.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Herr Wollenberg verweist darauf, dass die Nutzung für den Schulsport Voraussetzung für die Sanierung sei. Er fragt nach, welche Möglichkeiten es gebe, dass die Rollsportläufer nicht hinten runter fallen.

Herr Gessner erklärt, der Fachbereich Bildung und Sport habe großes Interesse daran, eine Lösung für alle zu finden. Problem sei das Dämpfungsverhalten des

Belages in Verbindung mit dem Rollverhalten und der Wasserdurchlässigkeit im Außenbereich. Man arbeite an einer Lösung für alle Beteiligten.

Herr Richter erklärt, dass man nächste Woche auf eine einvernehmliche Lösung hoffe. Es lohne sich darüber nachzudenken, in neu zu bauenden Sporthallen einen passenden Belag zu legen, der die Belange des Rollsports berücksichtigt. Das werde ein Thema bei der Planung von neuen Hallen sein.

Frau Dr. Gnadt verweist darauf, dass die Schule der Hauptnutzer sein werde und Schulsport eine Pflichtaufgabe ist. Deshalb sollte dafür Sorge getragen werden, dass der Belag für Schüler nutzbar ist, ohne dass sie körperliche Schäden davon tragen. Sie reicht eine Anlage zum Schulsportgelände aus, die der Niederschrift beigefügt wird.

Herr Viehrig erklärt, die Beratung am 07. Oktober 2014 sollte zum Ziel haben, dass alle ihre Sportarten durchführen können. Über das Ergebnis sollte eine schriftliche Information an den Ausschuss für Bildung und Sport erfolgen. Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019

Vorlage: 14/SVV/0632

Fraktion DIE LINKE

auch WA KIS

Herr Wollenberg verweist darauf, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss anders beschlossen wurde. Er bittet die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung zu zustellen. Der Termin, im November in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, könne weggelassen werden, da er unrealistisch erscheint.

Herr Richter merkt an, falls der Beschluss so gefasst werden sollte, rede man über ein Volumen von 45,4 Mio. €, die jährlich zu refinanzieren sind, was eine Einsparung freiwilliger Leistungen oder eine Einnahmeerhöhung, zum Beispiel bei der Grundsteuer B, zur Folge hätte.

Frau Rademacher verweist auf den gerade beschlossenen Schulentwicklungsplan, der ein Sanierungs- und Neubauprogramm beinhaltet. Man habe bis 2020 ernsthaft und solide geplant und sollte keine Planung darüber hinaus vornehmen. Der vorliegende Antrag könnte nur mit einer Landesförderung realisiert werden. Ansonsten sehe sie keine Möglichkeit.

Frau Dr. Schröter wirbt für den Antrag. In den nächsten Jahren werde es ein kommunales Inklusionsprogramm des Landes geben. Die Landeshauptstadt Potsdam habe gute Möglichkeiten davon zu profitieren. Man sollte zusehen, die Sanierungsdefizite zu schließen.

Frau Dr. Magdowski verweist auf den offenen Brief des Kreiselterrates und Kreisschulbeirates, der mit der Niederschrift vom 02.09.2014 zu TOP 8.1 ausgereicht wurde. Aus dem Antwortschreiben der Ministerin könne man ableiten, dass es über Inklusion hinaus keine Finanzierungsmöglichkeiten gebe. Das Antwortschreiben vom 05.09.2014 wird als Anlage zur Niederschrift

gegeben.

Herr Ziebarth spricht sich gegen den Antrag aus. Man sollte zu dem beschlossenen Schulentwicklungsplan stehen und keine Sondersanierung anstreben.

Herr Wollenberg erklärt, es gehe nicht darum Neubau und Sanierung auszuspielen. Es gebe Objekte die zerfallen. Man kenne den Sanierungstau und wolle einen Plan auf den Tisch.

Frau Dr. Magdowski hat den Eindruck, dass man sich der Diskussion aus der letzten Wahlperiode nähere. Der KIS habe viele Pläne zum Sanierungstau auflisten müssen. Sicherheit habe dabei oberste Priorität. Es müsste ein Signal vom Land kommen, damit der KIS Pläne machen könne.

Frau Dr. Schröter erklärt, es gehe darum zu erfahren, wo Defizite seien, wie groß diese sind und wie man sie beseitigen könnte.

Frau Wieczorek war in der Schulvisitation tätig und hat gesehen, wie arme Kommunen Gelder zusammenkratzen um etwas für Schulen zu tun. Das sehe sie in Potsdam nicht.

Herr Richter erklärt, dass man in den letzten Jahren erheblich in Bildungsinfrastruktur investiert habe. Der Wirtschaftsplan KIS sehe zum Beispiel für Bildungsinfrastruktur einen Anteil von 98 % vor.

Herr v. d. Osten gen. Sacken wundert sich über die Diskussion. Im Vorfeld zum Beschluss der Schulentwicklungsplanung habe man eingehend über Prioritäten diskutiert. Man wisse also um die Probleme.

Herr Wollenberg erwidert, dass man im Rahmen der Schulentwicklungsplanung über Neubauten gesprochen habe. Jetzt rede man über bestehende Schulstandorte, die nicht fertig saniert seien.

Frau Erning fragt, was ein Plan bringe, der nicht umgesetzt werden kann.

Herr v. d. Osten gen. Sacken erläutert, dass es verschiedene Ansätze gab, die diskutiert wurden. Er wehre sich dagegen, dass man letztes Jahr nicht wusste, dass man einen Investitionstau habe.

Herr Viehrig stellt folgenden Beschlusstext zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bisher umgesetzte Schul- und Kita-Sanierungsprogramm so weiterzuentwickeln, dass alle Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Sportstätten der Stadt Potsdam ~~bis zum Ende der Wahlperiode 2019~~ **schnellstmöglich** saniert sind **werden**.

Grundlage des Sanierungsprogramms sind der Schulentwicklungsplan 2014-2020 (Beschluss der SVV vom 02.04.2014), der Jugendhilfeplan 2014-2018 (Beschluss der SVV vom 05.03.2014) sowie der von der Verwaltung vorgelegte aktuelle Sportentwicklungsplan.

Das fortgeschriebene Sanierungsprogramm **und ein Refinanzierungsvorschlag**

sind im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2015/16 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Herr Viehrig stellt fest, dass der Antrag abgelehnt ist und fordert alle auf, Ideen zur Entlastung des 160 Millionen Euro Paketes zum Schulentwicklungsplan zu prüfen. Mit diesen Entlastungen können wir den Sanierungsstau abbauen.

zu 5.2 Azubiwohnheim voranbringen

Vorlage: 14/SVV/0349

Fraktion SPD

Herr Piest verweist darauf, dass sich der Antragsteller nach der Diskussion in der letzten Sitzung nochmals zu dem Antrag verständigt hat. Die Fraktion sei zu der Erkenntnis gekommen, dass es kein Bildungsthema ist und deshalb im Hauptausschuss behandelt werden soll, wohin der Antrag ebenfalls überwiesen wurde. Er beantragt, dass wegen Unzuständigkeit keine Behandlung im Ausschuss für Bildung und Sport erfolgt.

Frau Dr. Magdowski unterstreicht, dass es sich eigentlich um eine Aufgabe der Arbeits- und Wirtschaftsförderung handelt. Eine Behandlung im Hauptausschuss werde befürwortet, weil er im Gegensatz zum Ausschuss für Bildung und Sport entscheiden könne.

Herr Viehrig bittet um Abstimmung darüber, den Antrag wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses für Bildung und Sport nicht zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

Der Ausschuss für Bildung und Sport lehnt die Behandlung wegen Nichtzuständigkeit ab. Der Antrag soll im Hauptausschuss behandelt werden.

zu 5.3 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule

Vorlage: 14/SVV/0823

Fraktion DIE LINKE

HA

Frau Spahn, Dozentin an der Volkshochschule, erhält Rederecht. Sie schildert die Situation freiberuflicher Lehrkräfte und bittet um Unterstützung.

Es wird eine Tischvorlage ausgereicht, die der Niederschrift beigelegt wird.

Frau Dr. Schröder erklärt, dass es seitens des Antragstellers nichts hinzuzufügen gebe. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ging in die Richtung, der Unterbezahlung entgegen zu wirken. Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE

aNDERE spreche auch von einzuleitenden Schritten.

Herr Piest begrüßt den Prüfauftrag. Allerdings müsse man bei der Prüfung auch die Situation der Volkshochschule anschauen und überlegen, ob es sich arbeitsrechtlich um Scheinselbständigkeit handelt.

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass an der Volkshochschule 98 % Freiberufler arbeiten, die von Honorar leben. Die Volkshochschule unterstützt das Anliegen der freiberuflichen Kursleitenden bezüglich der Erhöhung der Honorarsätze. Die gegenwärtig geltende Honorarordnung aus dem Jahr 2002 sieht einen Regelsatz von 22,50 € pro Unterrichtsstunde vor. Die Volkshochschule hat bisher davon abgesehen, von sich aus höhere Honorare einzuplanen, weil stets die Forderung im HSK war, den Zuschuss nicht zu erhöhen, sondern möglichst zu senken. Nach den Haushaltsgesprächen 2015/2016 ist in der bisherigen Haushaltsplanung für 2015 der Regelsatz in Höhe von 25,00 €/UE eingetragen, nicht für die Folgejahre. Man habe auch die Kosten für das Berliner Modell geprüft. Davon betroffen seien gegenwärtig acht Kursleitende. In den gegenwärtigen Planzahlen sind die Zuschüsse zu den Sozialabgaben noch nicht enthalten. Das entspricht einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 15.000 € pro Jahr, der dazu komme.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Herr Viehrig bittet um Abstimmung des weitergehenden Antrages der Fraktion DIE aNDERE.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Entgelte für Kursleiter*innen an der Volkshochschule bis zum 01.01.2017 auf 30 €/Stunde zu erhöhen. Die Erhöhung soll ab dem 01.01.2015 in gleichmäßigen Jahresschritten erfolgen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mehrkosten bereits in die Haushaltsentwürfe einzustellen.**
2. **Spätestens zum 01.01.2017 soll die Volkshochschule in Abhängigkeit von der geleisteten Stundenzahl Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen leisten – wie dies mit dem Berliner Modell bereits in anderen Städten praktiziert wird. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hierzu spätestens im Mai 2015 einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 5.4 **Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 14/SVV/0810
FB Bildung und Sport
FA

Frau Rademacher erläutert, dass die Verwaltung aufgrund der Haushaltskonsolidierung aufgefordert war, eine Neufassung der

Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung vorzulegen. Diese wurde am 12. Februar 2014 beschlossen. Dies führte in der Umsetzung bei Anbietern von Kursen an Schulen zur Erhöhung der Entgelte und es kam zu Beschwerden. Um die bisherigen regulären Dauermieter halten zu können und durch Verlässlichkeit der Einnahmen den bildungsfördernden Inhalt zu honorieren, soll die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung um den Punkt „Langfristige Mietverträge“ erweitert werden. Eine langfristige Raummietung ist ab ½ Schuljahr definiert. Die Anmietung eines Raumes beträgt 13,50 €. Vorher waren es 11,00 €.

Herrn Piest erschließt sich nicht, warum man sich nur auf Musik und Kunstkurse beziehe. Im Namen der SPD-Fraktion bittet er darum, im Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung unter Tarif-Nr. 3 „privater Bildungsanbieter auf dem Gebiet der Musik, Kunst“ zu streichen.

Frau Rademacher erklärt, dass es weitgefasste Freistellungsparagrafen gebe, wonach es nicht zu Entgelten komme. Die tatsächliche Notlage ergab sich für private Anbieter von Kunst- und Musikkursen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Herr Viehrig schlägt vor, den Antrag nur um den Zusatz „auf dem Gebiet der Musik, Kunst“ streichen zu lassen, was auf Zustimmung trifft. Er lässt den Antrag mit geändertem Ergänzungstext abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam **mit geändertem Ergänzungstext**.

Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung - **Neu**

<u>Tarif-Nr.</u>	<u>Gegenstand</u>
------------------	-------------------

3.	langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter auf dem Gebiet der Musik, Kunst , sowie diesbezüglicher regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.
----	---

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 5.5 Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall

Mitteilungsvorlage: 14/SVV/0816

FB Bildung und Sport

FA

Frau Rademacher informiert, dass man die bisherige Finanzierung durch die Landeshauptstadt Potsdam einstellen wolle. Hintergrund seien Gespräche der Verwaltung unter Beteiligung des Kreisschulbeirates mit dem für das

pädagogische Personal an Schulen zuständigen Ministerium, die dazu geführt haben, dass es ab Schuljahresbeginn 2014/2015 eine Landesregelung gibt. Danach werden 10 Mio. € für das Land Brandenburg bereitgestellt, wovon die Schulen 5 Mio. € und das Staatliche Schulamt 5 Mio. € erhalten.

Herr Dörnbrack verweist auf die anfänglichen Schwierigkeiten. Inzwischen werde das Vertretungsbudget durch die Schulen gut angenommen. Die Schulaufsicht dringe darauf, auf das Schulbudget zurückzugreifen, weil die Mittel des Staatlichen Schulamtes bereits aufgebraucht sind. Er sei bereit eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr v. d. Osten gen. Sacken begrüßt diese Entwicklung.

Herr Kulke fragt nach, was mit dem übrigem Geld passiere und ob man es für Schulen verwenden könnte.

Frau Rademacher informiert, dass der Hauptausschuss einen Beschluss zur Evaluierung Luftschiffhafen gefasst habe, und der Fachbereich Bildung und Sport aufgefordert wurde die Mittel umzuschichten.

zu 5.6

Sitzungskalender 2015

Vorlage: 14/SVV/0718

Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV

Herr Viehrig verweist darauf, dass laut vorliegendem Terminplan im Oktober 2015 keine Sitzung vorgesehen ist. Unter Einhaltung der Ladefrist wäre ein Sitzungstermin am 27.10.2015 möglich, der aber in die Ferien falle. Er bittet um Meinungsäußerung der Ausschussmitglieder.

Herr Kulke spricht sich dafür aus, den Termin in den Ferien ausfallen zu lassen.

Herr Piest stellt Dopplungen mit anderen Ausschüssen fest, in denen er oder andere Mitglieder teilnehmen müssten.

Nach kurzer Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu dem vorliegenden Sitzungskalender 2015 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2015 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 2

zu 6

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dr. Magdowski informiert, dass Herr Finken, Fraktion CDU/ANW, eine

Kleine Anfrage zur aktuellen Entwicklung der Schülerzahlen gestellt hat (DS 14/SVV/0843). In der Antwort wurde auf die Erhebung der Zahlen durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg verwiesen. Der Fachbereich Bildung und Sport hat zur Entlastung der Schulen bislang von einer Doppelerhebung Abstand genommen. Es wurde aber zugesagt die aktuellen Zahlen der Schulanfänger bis zur Sitzung des Bildungsausschusses am 30.09.2014 vorzulegen.

Herr Werner erklärt, dass die Abfrage der Einschulungszahlen für den Grundschulbereich erfolgt sei.

Der Zahlenvergleich zu den Planzahlen des Schulentwicklungsplanes 2014 bis 2020 wird der Niederschrift beigelegt.

zu 7 Sonstiges

zu 7.1 Sachstand Gesamtschule Bornstedter Feld

Herr Richter informiert, dass im September der erste Spatenstich erfolgt ist. Die Schule werde planmäßig im Sommer 2016 eröffnet.

Mehrere Ausschussmitglieder merken an, dass die Fraktionen keine Einladung erhalten haben.

Herr Kulke fragt bezüglich der Planung von Sportplätzen nach, weil weitere Sportplätze fehlen.

Herr Richter informiert, dass dies auszuschließen sei, da die Mittel für pflichtige Aufgaben einzusetzen sind. Vereinssport werde in der 4-Feld-Halle möglich sein. Planungsgrundlage waren die Raumprogrammempfehlungen des MBJS. Man habe aber Kontakt mit dem Stadt- und dem Landessportbund aufgenommen und sei mit dem MBJS im Gespräch.

Frau Naundorf fragt nach dem Beteiligungsverfahren der Eltern.

Herr Richter informiert, dass Schule und Schulvertreter bereits im Gestaltungsrat und beim Auswahlverfahren beteiligt waren.

Herr Viehrig bedankt sich für die Informationen.

Clemens Viehrig
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Schriftführerin